

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostschlesische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre. sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 124

Bad Schandau, Montag, den 30. Mai 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg hat Sonntag mittag mit dem fahrplanmäßigen Hamburger D-Zug seine Reise nach der Nordmark angetreten.

* Auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure in Mannheim wurde Professor Junkers, dem bekanntem Pionier des Flugzeugbaues, die Grashofdenkmünze verliehen. Geheimrat Exner und Professor Köchling wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt.

* Wie aus Washington berichtet wird, werden die Vereinigten Staaten nach Informationen von autoritativer Seite auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz der drei Seemächte einen Vorschlag für eine endgültige Begrenzung der Flottenstärken unterbreiten.

Türkische Volkszählung

Von Dr. M. S. Eggert, Athen.

In diesen Wochen beschäftigt sich die Türkei mit den Vorbereitungen für ein außerordentlich wichtiges Ereignis im Reiche des Halbmondes: mit der ersten offiziellen Volkszählung, die im kommenden Oktober vor sich gehen soll. Es ist verständlich, daß diesem Vorgange nicht nur seitens der Türkei, sondern auch des Auslandes große Bedeutung beigelegt wird, da die sich ergebenden Zahlen endlich einmal das Chaos der Anstöße und Ziffern beilegen, die zur Zeit über die türkische Bevölkerung die breite Öffentlichkeit beherrschen.

In Wirklichkeit sind diese Bevölkerungsstatistiken, die doch immerhin von allgemeinem Interesse bei der Einschätzung eines ansehnlichen Staates sind, unverständlich widersprechend. Die neueste Ausgabe des französischen Almanach Sachette vom Jahre 1927 beziffert die türkische Kopfstärke auf 20 Millionen. Diese Zahl dürfte jedoch sehr übertrieben sein, da sämtliche Quellen in beinahe vollständiger Uebereinstimmung im Jahre 1908 der Türkei höchstens 25 Millionen Seelen zuerkannten. Der Almanach Whitaker vom gleichen Jahre, der sich auf Material der Englischen Botschaft in Konstantinopel stützt, erniedrigt die Bevölkerungsziffer der Türkei sogar auf 13 Millionen und dürfte hiermit auch seinerseits wiederum die Wirklichkeitsgrenze um ein mehr oder weniger bedeutendes unterschätzt haben. Aber auch die Statistiken der fremden Regierungen kommen zu unverständlich widersprechenden Ergebnissen; denn während das Pariser Auswärtige Amt in seinen Statistiken eine türkische Einwohnerzahl von 14 Millionen führt, vermindert die gleiche italienische Stelle diesen Kopfbestand um volle fünfeinhalb Millionen! Widersprüche auf Widersprüche, unverständliche Konfusionen und doch verständliches Auseinanderlaufen der Einschätzungen, wenn man den Charakter der Türkei kennt. Nur eine amtliche, unter strengster Kontrolle durchgeführte Volkszählung wird diesem unhaltbaren Zustand ein Ende setzen.

Es ist bei der Einschätzung des türkischen Menschenmaterials ein zweifaches nicht zu vergessen: von der früheren Kopfzahl sind seit dem Weltkrieg mehrere Millionen verschwunden. Gefallene Krieger, getötete Armenier zu tausenden und aber tausenden, vertriebene Griechen aus Kleinasien in einer Zahl, die eine Million bei weitem überschreitet, scheiden aus den Ziffern aus, die die Türkei vor dem Kriege aufzuweisen hatte. Der französische Geograph Cuénet kam in seinen Untersuchungen vom Jahre 1925 zu der Auffassung, daß die Zahl der Türken, die die asiatischen Vilajets bewohnen, sich um 11.500.000 bewege, dieselbe der in Konstantinopel ansässigen Türken eine Million nicht überschreite und die der beiden europäischen Vilajets Thessalien und Adrianopel etwa 60.000 ausmache. Die asiatischen Zahlen sind hierbei naturgemäß von dritter Seite unkontrollierbar und diejenigen der europäischen Bezirke mehr oder weniger für den Kenner der tatsächlichen Situation verständlich. Denn in Wirklichkeit sind die europäischen Bezirke der Türkei seit dem letzten griechisch-türkischen Kriege derartig entvölkert, daß man zwischen Adrianopel und dem Bosphorus kilometerweit seines Weges ziehen kann, ohne auch nur ein menschliches Wesen anzutreffen.

Auf Grund all dieser Berechnungen würde sich tatsächlich eine Zahl ergeben, die eng an die 13 Millionen grenzt. Es darf immerhin nicht vergessen werden, daß nach amtlichen türkischen Aufstellungen die Türkei mindestens 3 Millionen Männer und Frauen im Weltkrieg verloren hat, die dem Feinde zum Opfer gefallen oder durch Seuchen dahingerafft worden sind, daß man von über 600.000 Armeniern heute noch nicht weiß, wohin sie ihr Unglücksstern geführt hat und wo ihre Gebeine ruhen, und daß eineinhalb Millionen Griechen nach der Kleinasien-Niederlage der griechischen Flotte von Athen nach Griechenland wecheln mußten. Zu diesen Unglückszahlen, die nach 1914 liegen, gesellen sich noch die Abertausende, die durch noch heute unerklärliche Krankheiten seit dem Jahre 1880 hinweggerafft wurden, und deren Zahl man auch nicht annähernd festzustellen in der Lage ist. Ein türkischer Journalist, Nedjmeddin Sadik Bey, schrieb in der „Macham“: „Machen wir uns keine Illusionen! Unser Land ist unendlich groß und weit, aber unsere Bevölkerung ist zum Suchen spärlich. Die Türkei hat ein Territorium von 800.000 Quadratkilometern; eine dazu gehörige Bevölkerung von fünf bis höchstens sechs Millionen, die sich in dieser Raumwüste vermehren soll, nimmt jedoch von Jahr zu Jahr an Kopfzahl ab.“

Die Vorzählungen, die in der Türkei kürzlich vor sich gingen, haben bei weitem nicht die Ergebnisse erzielt, die man erwartete. Die Hauptstadt Angora, von der man glaubte, daß sie eine Einwohnerzahl von 80.000 bis 100.000 Einwohner aufweisen würde, ergab zahlenmäßig nur 58.000. Die Stadt Sivas, mit 43.000 Köpfen mehrfach bewertet, wies sich mit 38.745 aus, und Rodosto verzeichnete anstelle von 27.000 nur 13.925 Seelen. Zweifelsohne ist die Bevölkerungsziffer der Türkei immer mehr für den Weiterbestand der Türkei problematisch geworden, und die Reuterfirma ist sich der Schwere der sich ergebenden

Folgerungen voll und ganz bewußt. Als erste Gegenmaßnahme ist daher der Beschluß des Angoraer Ministerrates aufzufassen, die Muselmanen des alten Serbiens, Bosniens, Bulgariens, Albanens und der Dobrubtscha aufzufordern, auf Kosten der Regierung nach der Türkei heimzuwandern, um dort neben Land, Geräten und Unterkunftsmöglichkeiten auch finanzielle Vorschüsse zur Sehaftmachung aus den Händen der türkischen Behörden zu erhalten. Tausende sind diesem Rufe bereits gefolgt, und weitere tausende werden ihm in den nächsten Monaten Folge leisten. Es ist jedoch die große Frage, ob wirklich hunderttausend das Loch zuzustopfen in der Lage sind, das Millionen gerissen haben. Und hier liegt die Schwere des Problems!

Die Kriegsschuld.

Der Quai d'Orsay und die Deffnung der französischen Archive.

Paris, 29. Mai. Der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte Victor Basch hatte vor etwa einem Monat den Quai d'Orsay ersucht, ebenso wie die anderen am Weltkrieg beteiligten Staaten die französischen Archive der Forschung zur Feststellung der Kriegsurachen zugänglich zu machen. Heute teilt nun Victor Basch im Deuere die Antwort des Außenministeriums auf die von der Liga für Menschenrechte erhobene Forderung mit, wobei er gleichzeitig seinem Erstaunen und seiner Bestürzung über die Antwort Ausdruck verleiht. In der Antwort versichert der Kabinettschef Briand, Berthelot, im Namen des Außenministers, daß das Ministerium diese so wichtige Frage nicht aus den Augen verliere und weiterhin die Veröffentlichung der Akten vorbereite (?). Diese Arbeit mache aber die vorherige Durchsorschung von etwa 1600 Aktenfaszizeln notwendig, von denen jeder durchschnittlich 400 bis 500 Dokumente enthalte.

Zu den von den anderen Regierungen ausgegebenen Veröffentlichungen bemerkt Berthelot, daß die meisten sich auf die Vorkriegsperiode beziehen. Die deutsche Aktenpublikation „Die große Politik und die europäischen Kabinette“ gehe bis zum Frankfurter Vertrag vom Jahre 1871 zurück und mache halt „zweifelloso nicht ohne Absicht bei der Periode, in der Deutschland die entscheidende Geste getan hat, die den Krieg unvermeidlich machte (1), so daß dies als ein Versuch erscheine, seine unmittelbare Verantwortlichkeit durch entferntere, schwerer feststellbare und leichter zu verschleiernde Verantwortlichkeiten abzumwägen“. Berthelot gibt dann der Anschauung Ausdruck, daß sich die vom französischen Außenministerium vorgegebene Publikation auf die Zeit des Weltkrieges selbst beziehen müsse. Sobald die ersten Bände druckbereit sein würden, würden die nötigen Kredite vom Parlament angefordert werden.

Diese neue gewundene Erklärung des französischen Außenministeriums, die nur die Absicht bemänteln soll, die französischen Archive nicht zu öffnen, vergißt nur das eine, daß die deutsche Regierung von 1919 an unter Mitarbeit von Kautsky, Graf Montgelas und Professor Schücking „die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ veröffentlichte und damit ein Aktenwerk bereits vor 8 Jahren der Geschichtsforschung zugänglich machte, während heute noch die authentischen französischen Dokumente geheimgelassen werden.

Kommunistendebatte im französischen Parlament.

Poincaré droht mit der Vertrauensfrage.

Der französische Innenminister Sarraut hatte in Konstantine in Alger eine scharfe Rede gegen die kommunistische Propaganda gehalten. Das veranlaßte die Kommunisten des französischen Parlaments zu einer Interpellation, die von Marcel Cachin begründet wurde. Da man kommunistische Ruhestörungen befürchtete, hatte die Polizei das Parlamentsgebäude in weitem Umkreise abgesperrt; es ereignete sich aber nichts, was diesen großen Absperrungsapparat gerechtfertigt hätte. Marcel Cachin erklärte in ruhiger Tone, daß die Arbeiterklasse entschlossen sei, ihre Rechte mit den energischsten Mitteln geltend zu machen, wenn sie mit anderen Mitteln nicht zum Ziele gelangen könne. Innenminister Sarraut wiederholte in seiner Antwort auf die Interpellation alle Anschuldigungen, die er gegen den Kommunismus vorgebracht hatte, in noch stärkerem Maße, indem er betonte, daß die Propaganda der französischen Kommunisten dem russischen Sowjet-Imperialismus diene.

Eine ernste Wendung schien die Debatte zu nehmen, als der Sozialistenführer Leon Blum verlangte, daß seine Interpellation über den Stand der Beziehungen Frankreichs zu Rußland und über die Folgen, die der Abbruch der englisch-russischen Beziehungen für Frankreichs Rußlandpolitik habe, mit der kommunistischen Interpellation verbunden werde und sofort zur Erörterung komme. Der Außenminister Briand erklärte sofort, daß wegen einer innenpolitischen Frage nicht gleich die gesamte französische Außenpolitik zur Sprache kommen

durfe, und Poincaré, der nach ihm sprach, betonte, daß er die Vertrauensfrage stellen werde, wenn Blum seinen Antrag aufrechterhalte.

Blum zog darauf seinen Antrag zurück, worauf die Kammer sich vertagte, um erst nach acht Tagen die Besprechung der Interpellation Cachin fortzusetzen.

Gegen den polnischen Terror.

Danziger Protest gegen die polnische Sprachenverordnung.

Der Danziger Volkstag beschäftigte sich mit der Entscheidung des Oberkommissars vom 8. April, in der den Eisenbahnern das Klagerrecht verweigert wird, sowie mit der Sprachenverordnung der polnischen Eisenbahndirektion. Von sämtlichen Rednern wurde gegen das Vorgehen Polens gegen die Danziger Eisenbahner als einen Versuch, die Freie Stadt zu polonisieren, entschiedener Protest erhoben und es dem Senat zur Aufgabe gemacht, mit aller Entschiedenheit beim Völkerbund und dem Oberkommissar dafür einzutreten, daß die der Freien Stadt in den Verträgen und Entschädigungen gewährten Rechte nicht geschmälert werden. Von der Regierung wurde zugesagt, in diesem Sinne bei den zuständigen Stellen zu wirken.

Die deutschen Zeitungen Osterschlesiens brachten eine der polnischen Presse entnommene Meldung, der zufolge der Schweizer Schulfachmann, Maurer, von den 24 in Lipine geprüften Schulkindern nur vier als für die deutsche Minderheitsschule geeignet bezeichnet habe. Dazu berichtet der Deutsche Volksbund folgendes: Der Schweizer Schulinspektor Maurer hat mit den Sprachprüfungen an den Minderheitsschulen begonnen. Die Bestanden hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Entscheidung über das Bestehen oder Nichtbestehen trifft nicht Herr Maurer, sondern auf dessen Bericht der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder. Präsident Calonder hat eine Entscheidung noch in keinem einzigen Falle getroffen.

Die Sowjetregierung mit Tschitscherins Reise zufrieden?

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung mit dem Ergebnis der Reise Tschitscherins nach Paris vollkommen zufrieden ist. Tschitscherin wird am 12. Juni in Moskau erwartet, wo er einen großen Vortrag über die politische Lage der Sowjetunion halten wird.

Zum Verbot politischer Veranstaltungen in München

Warum es erlassen wurde.

Die Polizeidirektion München hat den vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold geplanten Südbayerischen Republikanischen Tag mit allen Veranstaltungen verboten. Verboten wurden ferner eine von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einberufene Massenprotestversammlung, eine von den vereinigten Vaterländischen Verbänden geplante Versammlung und alle geschlossenen Rüge zu und von der Befehlsgewalt des bei einem Zusammenstoß verschidener Parteigruppen getöteten Nationalsozialisten Hirschmann.

In der Begründung des Verbotes heißt es, daß sich infolge der Tätigkeit Hirschmanns der Münchener Bevölkerung eine gewaltige Erregung bemächtigt habe. Die bestehenden Gegensätze hätten sich so verschärft, daß bei allen politischen Kundgebungen der nächsten Zeit neue ernste Zusammenstöße zu befürchten wären, die bei der hochgradigen Erregung der Gemüter zu einem ähnlichen traurigen Ausgang führen könnten, was wieder eine sehr bedeutende Störung der öffentlichen Ordnung hervorrufen würde. Demgegenüber müsse das Verbot aller politischen Versammlungen für die nächsten Tage als das kleinere Übel angesehen werden.

Im Münchener Stadtrat hatte die nationalsozialistische Fraktion beantragt, daß der Stadtrat sich bei der Beerbidung des getöteten Schutzmachers Hirschmann durch eine Abordnung beteilige. Ein mit dem Antrag befaßter Ausschuß des Stadtrates lehnte jedoch mit Stimmenmehrheit eine Beteiligung des Stadtrates bei der Beerbidung ab, weil eine solche Beteiligung als eine Stellungnahme des Stadtrates zu der noch nicht aufgeklärten Sache selbst aufgefaßt werden könnte.

Die Polizeidirektion München zu den Zwischenfällen am Mittwoch.

München. Wie die Polizeidirektion München erklärt, steht die Bluttat am vergangenen Mittwoch, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, mit dem Verbot anderer politischer Veranstaltungen nur insoweit in Verbindung, als ihr ruhiger Verlauf durch die Erregung über jenen Vorfall in Frage gestellt war. Die Behauptung, daß die Täter in den Reihen des Reichsbanners zu suchen sind, sei von der Polizei niemals aufgestellt worden. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen und eine amtliche Verlautbarung für Mitte nächster Woche zu erwarten.